

Volksabstimmung in der Schweiz: Klare Niederlage für striktere Neutralität

27.09.2026, 12:57 Uhr
Von: [Franziska Schwarz](#)

Abstimmung zur Neutralitätsinitiative: Isoliert sich die Schweiz im Schatten des Ukraine-Krieges selbst? Das sagen Befürworter und Gegner.

Bern – **Update, 27. September, 12:49 Uhr:** Die Schweiz hat sich per Volksabstimmung gegen eine Verfassungsänderung zur strikteren Neutralität ausgesprochen. Die Hochrechnung zeigt eine deutliche Mehrheit von 71 Prozent gegen die Initiative.

Besonders umstritten war die Forderung von „Pro Schweiz“, Sanktionen gegen Kriegsparteien künftig zu untersagen – ein direkter Angriff auf den Kurs der Schweizer Regierung, die nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine die EU-Sanktionen weitgehend mitgetragen hatte. Kritiker warnten, man dürfe Angreifer und Angegriffene in einem bewaffneten Konflikt nicht gleich behandeln, sagte Lukas Golder, Co-Leiter des Instituts gfs.bern, dem Sender *SRF*.

Schweiz stimmt heute über striktere Neutralität ab – wann es Ergebnisse gibt

Erstmeldung: Die Schweizer Stimmbevölkerung entscheidet am heutigen Sonntag über eine radikale Neuausrichtung ihrer Außenpolitik: Isolation oder internationale Zusammenarbeit. Bei der Abstimmung über die sogenannte Neutralitätsinitiative schließen die Wahllokale um 12:00 Uhr, Ergebnisse gibt es am Nachmittag.

Angestoßen hat das Referendum der rechtskonservative Verein „Pro Schweiz“, der der Schweizerischen Volkspartei (SVP) nahesteht. Bei einem „Ja“ dürfte die Schweiz künftig keine eigenständigen Sanktionen mehr gegen kriegführende Staaten verhängen, sofern diese nicht zwingend von den UN gefordert werden. Die heimische Wirtschaft könnte ihre Geschäfte mit Konfliktparteien wie Russland dann im gewohnten Umfang fortsetzen.

Schweiz-Neutralitätsinitiative: Der Faktor Ukraine-Krieg

Auslöser für die Initiative ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Schweiz hatte sich 2022 nach kurzem Zögern den EU-Sanktionen gegen Moskau angeschlossen. Die Befürworter der Initiative üben daran scharfe Kritik: SVP-Vordenker Christoph Blocher argumentiert, die Schweiz sei durch die Übernahme der Sanktionen faktisch zur Kriegspartei geworden.

Gleichzeitig sorgte Bern im westlichen Ausland bereits für Unmut. Mit Verweis auf das Neutralitätsrecht untersagte die Schweizer Regierung Ländern wie Deutschland, in der Schweiz gekaufte Munition an die Ukraine weiterzugeben.

Kontroverse um Abstimmung in der Schweiz: Friedensprojekt oder Mogelpackung?

Die Kampagne der Initiatoren wirbt auf Plakaten prominent mit einer Friedenstaube. Doch Beobachter bewerten das Vorhaben anders: In einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeine (F.A.Z.)* bezeichnete der Historiker Sacha Zala die Initiative als „Mogelpackung“. Es gehe im Kern um eine reine „Sanktionsverhinderungsinitiative“. Zala betont, Sanktionen kämen im maßgeblichen Haager Neutralitätsrecht von 1907 ohnehin nicht vor.

Auch das *IPG-Journal* warnte in einer Analyse, die Initiative reduziere den Handlungsspielraum genau dort, wo die Schweiz ihn dringend brauche. Ein solches festgeschriebenes Bündnisverbot vor einem akuten militärischen Angriff sei „fahrlässig“ und mache das Land massiv vom Wohlwollen befreundeter Staaten abhängig.

Mythos Neutralität der Schweiz – wirklich unfehlbares Schutzschild?

Die Erzählung der SVP von der Neutralität als unfehlbarem Schutzschild entbehrt laut einem kritischen Kommentar der *taz* jeder historischen Realität. Historiker Zala attestierte der Schweiz in dieser Hinsicht gar ein „Asterix-Syndrom“: Man betrachte sich als kleines gallisches Dorf und die Neutralität als eine Art „Zaubertrank“.

Die Historie zeigt ein komplexeres Bild: Die Schweiz half im Zweiten Weltkrieg der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft durch milliardenschwere Kredite, um die eigene Industrie zu schützen. Zudem erinnerte die *taz* daran, dass Bern einst sogar das UN-Waffenembargo gegen das südafrikanische Apartheid-Regime im Interesse der eigenen Rüstungs- und Bankenlobby umging.

Schweiz stimmt über Stärkung der Neutralität ab – Fronten und Reaktionen

Mit Ausnahme der SVP lehnen fast alle großen Parteien, das Parlament und die Regierung die Initiative strikt ab. Sie argumentierten, die Vorlage sei zu dogmatisch und schwäche die Position der Schweiz in geopolitischen Spannungszeiten.

Der Ex-Diplomat Günther Baechler kritisierte das Vorhaben deutlich: „Wir können Täter und Opfer nicht gleichbehandeln“. Auch das Plakatmotiv der Initiatoren sah er skeptisch: „Wenn diese Initiative angenommen wird, wird jede Friedenstaube die Flucht ergreifen, weil sie dann keine Funktion mehr hat.“

Mehr Neutralität für die Schweiz? Umfragen deuten auf klares Nein hin

Ein Erfolg der SVP heute gilt als unwahrscheinlich, die Stimmung in der Bevölkerung zeigte eine deutliche Ablehnungstendenz. Eine aktuelle Umfrage des Instituts gfs.bern für den Sender SRG sah das Nein-Lager bei 54 Prozent, während nur 42 Prozent zustimmen wollten.